



## Editorial

Brauchen wir noch einen Ostbeauftragten der Bundesregierung? Ganz offensichtlich nicht, denn faktisch hat sich der Bund aus dem Aufbau Ost weitgehend zurückgezogen. Eher schleichend hat in der Politik der Bundesregierung ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der die inhaltliche Verantwortung für die Aufbauprozesse in Ostdeutschland weitgehend den Ländern und den Regionen selbst übertragen hat. Dies zeigt sich beispielsweise am Solidarpakt II, bei dem dieses Prinzip am stringentesten verwirklicht ist: Der Bund stellt finanzielle Mittel zur Verfügung, erwartet auch eine „aufbaugerechte Verwendung“, überlässt den Einsatz dieser Gelder dann aber den Ländern und verzichtet auf alle Sanktionsmöglichkeiten bei nicht zweckgerichtetem Einsatz. Ähnliches vollzieht sich derzeit auch bei der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung, bei der die Bundesregierung eine stärkere Konzentration der Fördermittel anstrebt, die Ausführung dieses reformierten Konzepts aber den Ländern überlassen und auch hier auf weitere Kontrollmechanismen verzichten will.

Grundsätzlich ist gegen eine in dieser Art reformierte Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht viel einzuwenden, entspricht sie doch dem Subsidiaritätsprinzip, nach dem öffentliche Aufgaben auf der niedrigst möglichen föderalen Ebene angesiedelt sein sollen. Da die gesamtdeutschen Wachstumsprobleme nur am Rande mit der deutschen Vereinigung zu tun haben – entscheidend ist vielmehr, dass notwendige Strukturreformen über 15 Jahre verschleppt worden sind –, ist es nur folgerichtig, dass sich der Bund auf gesamtstaatliche Aufgaben konzentriert und die Lösung der regionalpolitischen Aufgaben in Ostdeutschland den Akteuren „vor Ort“ zu übertragen, wo die Betroffenheit am höchsten und die Kenntnis der regionalen Problemlagen am größten ist. Zwei Probleme bleiben aber bestehen:

- Solange der Bund unter Verweis auf die Rechtseinheitlichkeit im Bundesgebiet bundeseinheitliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlässt, können die Länder nicht immer die Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, auf regional auftretende Probleme adäquat zu reagieren. Das auf Subsidiarität beruhende neue Paradigma der Politik des Aufbau Ost müsste also in dem Sinne erweitert werden, dass die Länder aus ihrer Sicht zu restriktive Rahmenbedingungen durch liberalere Regeln ersetzen können.
- Die Tatsache, dass die Länder mit Geldern des Bundes weitgehend frei agieren können, kann einer ineffizienten Mittelverwendung Vorschub leisten, so wenn für Investitionen vorgesehene Mittel für konsumtive Ausgaben herangezogen werden. Dies spricht dafür, wettbewerbliche (und das bedeutet: erfolgsorientierte) Elemente bei der Verteilung der Bundesmittel einzuführen.

Ohne diese beiden Korrekturen droht der Aufbau Ost weiter im Stillstand zu verharren – was wiederum auch aus Bundessicht nicht akzeptabel sein kann. Insoweit besteht dringender Handlungsbedarf.

*Joachim Ragnitz  
Leiter der Abteilung Strukturwandel*